

LAND TAGS KURIER

AUSGABE

3 | 25

Seite **4**

Fachregierungserklärung
zur wirtschaftlichen Lage
in Sachsen

Seite **16**

Ausländerbeauftragter
Geert Mackenroth stellt
Jahresbericht vor

Seite **22**

Unterwegs mit der
Vorsitzenden des Bildungs-
ausschusses Romy Penz



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 3 | 25

PLENUM

13. Sitzung
**Arbeitsplätze
sichern und Fach-
kräfte gewinnen**
Sachsens Weg aus
der wirtschaftlichen
Krise 4

Sachsens Wünsche an die Berliner Politik

Der Freistaat hat
konkrete Erwartun-
gen an die neue
Bundesregierung 6

Rechtsextreme Gefahren einst und heute

Landtag diskutiert
über Rechtsextremis-
mus und Rassismus
an Schulen 8

14. Sitzung **Feuerwehr im Fokus**

Kritik an
Sparplänen der
Staatsregierung 9

Hintergrundinfor- mationen zur Feuer- wehr in Sachsen 10

PARLAMENT

Mehr Mitsprache bei Bildungsreform angemahnt

Maßnahmen der
Staatsregierung
zur Unterrichtsver-
sorgung bleiben
kontrovers 12

Aktuelle Gesetzgebung 14

AKTUELLES

Wandel statt Endpunkt

Bericht des Auslän-
derbeauftragten
veröffentlicht 16

TITELBILD:
Elbpromenade vor dem
Sächsischen Landtag in Dresden
Foto: S. Füssel

6



16



12



18

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Magdalena Portack, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
Druckerei Thieme Meißen GmbH,
Zaschendorfer Straße 91, 01662 Meißen
Redaktionsschluss: 03.06.2025
Gastautoren: Richard Güther,
Markus Guffler (beide Sächsischer Landtag),
Matthias Zwarg (Zschopau)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

JUGEND

Junge Stimmen im Parlament

Vier Formate, ein Ziel: Demokratie verstehen, mitgestalten und erleben

18

SONDER-THEMA

Die größte Kunstausstellung der Welt

Kunst- und Skulpturenweg
PURPLE PATH

20

EIN TAG MIT

»Die Menschen sind politikverdrossen.«

Ein Tag mit Romy Penz, Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung

22

20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Weltordnung hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt – das spüren wir auch bei uns in Sachsen. Kriege und Konflikte, nationale Alleingänge und Abschottungspolitik belasten die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Erde. Das Völkerrecht, das mächtige Länder einhegt und schwächere schützt, hat nicht nur an Bindekraft verloren, es wird bisweilen regelrecht missachtet. Daher ist das Wissen über internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen äußerst wichtig. Es hilft dabei, die aktuellen Herausforderungen besser zu verstehen und Lösungen zu finden.

Vor diesem Hintergrund war es für mich eine große Freude, am 18. Mai die Abschlusszeremonie der diesjährigen elbMUN-Konferenz im Sächsischen Landtag einzuleiten. Auf der Veranstaltung, die Abläufe der Vereinten Nationen nachbildet, lernten Studierende, wie die Mitgliedsstaaten miteinander beraten und zu gemeinsamen Beschlüssen kommen. Am Ende des Tages hatten die Delegierten mehrere Resolutionen erarbeitet und in einer Vollversammlung abgestimmt. Die elbMUN-Konferenz erinnerte mich auch an meine eigene Teilnahme an einer UN-Simulation im Jahr 2009. Für mich war es damals ein einmaliges Erlebnis, das mir noch heute in Erinnerung ist.

Junge Menschen waren jüngst auch bei anderen Gelegenheiten zu Gast in unserem Parlament, wie Sie in dieser Ausgabe des Landtagskuriers nachlesen können. Im Landesfinale von »Jugend debattiert« ermittelten Schülerinnen und Schüler aus Sachsen die Sieger, der Landesschülerrat informierte sich bei einem »Planspiel« über die parlamentarische Arbeit und die Vertreter sächsischer Schülerzeitungen besuchten zum Jugendpressetag unser Haus.

All das stimmt mich hoffnungsvoll, dass es uns gelingt, demokratische Werte an die kommende Generation weiterzugeben. Es ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Welt hoffentlich zu einer friedlicheren Ordnung zurückfindet. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

»All das stimmt mich hoffnungsvoll, dass es uns gelingt, demokratische Werte an die kommende Generation weiterzugeben.«

Alexander Dierks

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags



Arbeitsplätze sichern und Fachkräfte gewinnen

Sachsens Weg aus der wirtschaftlichen Krise

13. Sitzung des Sächsischen Landtags

In der 13. Sitzung des 8. Sächsischen Landtags am 21. Mai 2025 stand eine Fachregierungserklärung zum Thema: »Von Krisen zu Chancen: Wie wir Sachsens Wirtschaft heute stärken und für die Zukunft aufstellen!« auf der Tagesordnung.

»Wir müssen uns mit den grundlegenden Ursachen für den aktuellen Zustand unserer Wirtschaft beschäftigen.«

Fotos: T. Schlorke

Wirtschaftsminister Dirk Panter

Staatsregierung: Technologische Exzellenz

Wirtschaftsminister Dirk Panter (SPD) zeichnete zunächst ein differenziertes Bild. So habe Sachsen im vergangenen Jahr

zwar rund 6 000 Industrie-arbeitsplätze verloren, zugleich gebe es aber auch eine Reihe wirtschaftlicher Erfolgsergebnisse. Beispielsweise habe die Benimo AG in Großröhrsdorf ein neues Forschungszentrum

eröffnet und die Baustellen der Beiersdorf AG in Leipzig oder von ESMC in Dresden schritten voran. Um die sächsische Wirtschaft insgesamt zu stärken, brauche es bessere Rahmenbedingungen. Die Energiepreise müssten gesenkt, der Netzausbau vorangebracht und die Bürokratie reduziert werden. Worauf sich

Sachsen nach wie vor verlassen könne, sei die technologische Exzellenz seiner Wirtschaft. Auch die gut ausgebildeten und erfahrenen Fachkräfte seien entscheidende Faktoren. Man müsse weiterhin alle Register ziehen, um mehr Arbeits- und Fachkräfte in Sachsen auszubilden.

AfD: Katastrophale Energiepolitik

Jörg Urban (AfD) kritisierte die deutsche Energiepolitik umfassend. Die hohen Energiekosten schädigten dem Wirtschaftsstandort Sachsen, machten die Bürger arm und trieben Unternehmen in den Ruin. Die Russlandsanktionen, die CO₂-Bepreisung, der Atomausstieg oder die sogenannte Mobilitätswende seien allesamt politische Fehlentscheidungen, die jetzt mit Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten bezahlt würden. Unternehmensinsolvenzen, Industrieflücht und Betriebs-schließungen prägten das Bild der letzten Jahre. Die Traditionsbäckerei Sachse, der Textilhersteller Kurt Bauer oder große

Betriebe wie Dow Chemical in Böhlen seien nur einige Beispiele dafür. Daneben, so Urban, gebe es die Unternehmensansiedlungen in der Chipindustrie nur aufgrund riesiger Subventionen. Statt neuer Fördertöpfe benötige man endlich bessere Rahmenbedingungen.

CDU: Ressourcenschonende Produktion

Globale Herausforderungen wie die Klimakrise, geopolitische Spannungen und technologische Umbrüche wirkten sich nachweislich auch auf die Wirtschaft in Sachsen aus, befand Kay Ritter (CDU). Diese Entwicklungen dürfe man allerdings nicht als Hindernis sehen. Vielmehr müsse die Chance genutzt werden, inmitten des Umbruchs eine dynamische, resiliente und nachhaltige Wirtschaft aufzubauen. Sachsen habe das Potenzial, Vorreiter im Bereich der Zukunftstechnologien zu sein, etwa bei künstlicher Intelligenz, grünen Technologien oder der Mikroelektronik. Dazu bräuchten industrienahe Universitäten und Forschungseinrichtungen die notwendigen Mittel. Gefördert werden müssten ebenso ressourceneffiziente Produktionsmethoden sowie die Kreislaufwirtschaft. Dies bedeute, Produkte so zu gestalten, dass sie recycelt und wiederverwendet werden könnten.

BSW: Zuversicht stärken

Aus der Erfahrung gescheiterter Gesellschaften wisse man, dass der Wohlstand eine entscheidende Grundlage für die gesellschaftliche Stabilität darstelle, so Ralf Böhme (BSW). Dafür sei eine prosperierende Wirtschaft entscheidend. Sie zu stärken, gehöre zur ureigenen Aufgabe einer Regierung, die dafür die passenden Rahmenbedingungen schaffen müsse. Alles andere solle die Politik besser

den Unternehmerinnen und Unternehmern überlassen. Unter ihnen herrsche allerdings im Moment eher Skepsis vor. Laut einer aktuellen Umfrage im Rahmen des Ostdeutschen Wirtschaftsforums in Bad Sauerow erwarteten rund 40 Prozent kein absehbares Wachstum, 45 Prozent schätzten die wirtschaftliche Situation als schlecht ein. Um wieder mehr Zuversicht zu fördern, müssten bestehende Wachstumshemmnisse konsequent abgebaut werden. Dazu gehöre es auch, dass Sachsen notwendige Haushaltsmittel nicht kürze.

SPD: Haushaltsbeschluss notwendig

Henning Homann (SPD) appellierte daran, dass sich die Koalition von CDU und SPD als Impulsgeber verstehe. Man wolle die Zukunft gestalten und nicht nur verwalten. Ein großer Lackmustest bestehe darin, den Landeshaushalt für die Jahre 2025/2026 erfolgreich aufzustellen. Der Haushalt sei notwendig, um bedeutende Zukunftsinvestitionen umzusetzen. Dazu zählten die Wasserstoffindustrie, die Infrastruktur und die Mikrochipindustrie. Anders als behauptet, schenke man den Unternehmen nicht einfach Geld, sondern verstärke Investitionen der Privatwirtschaft. Mit dieser Strategie gelinge es, in Sachsen bis zu 10 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu brauche es dann aber auch die entsprechenden Fachkräfte. Man müsse mehr dagegen tun, dass 16 Prozent der Menschen hierzulande keinen Ausbildungs- oder Studienabschluss hätten.

BÜNDNISGRÜNE: Falsche Mittelkürzungen

Wolfram Günther (BÜNDNISGRÜNE) gab zu bedenken, dass Sachsen bis heute nicht zur

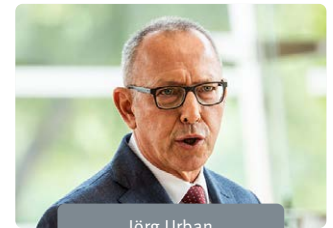
einstigen wirtschaftlichen Stärke zurückgefunden habe. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien sehr starke Unternehmen verloren gegangen. In den 1990er-Jahren habe dann die einzige Chance darin gelegen, zur verlängerten Werkbank zu werden. Bis heute sei die hiesige Wirtschaft kleinteilig strukturiert. Deshalb müsse man den Schwerpunkt auf die Förderung der mittelständischen Unternehmen legen. Die Ansätze im vorgelegten Haushaltsentwurf gingen an diesem Ziel allerdings vorbei. Es sei beispielsweise geplant, einzelne Mittel für Forschungsverbünde und industrienahe Forschungseinrichtungen um 90 Prozent zu kürzen. Die Förderung für Gründungsinitiativen solle um 70 Prozent gesenkt werden. Genau damit aber löse man die strukturellen Probleme in Sachsen nicht.

Die Linke: Unabhängigkeit vom Weltmarkt

Seine Partei habe die im internationalen Vergleich extreme Exportorientierung der deutschen Volkswirtschaft schon seit Jahrzehnten kritisiert, sagte Stefan Hartmann (Die Linke). Nach der Euro-Krise sei es noch gelungen, dieses Wirtschaftsmodell zu retten. Doch wenn Deutschland und damit auch Sachsen unabhängiger von dem zunehmend unsicherer werdenden Weltmarkt werden wollten, müsse man sich stärker auf den Binnenmarkt ausrichten. Dazu gehöre es auch, technologisch auf der Höhe der Zeit zu bleiben, Menschen zu bilden und gezielt zu investieren. Vielleicht gelinge es über einen Runden Tisch, die Investitionsbremse zu lösen, an der die Koalition noch immer festhalte. Seitens der Gewerkschaften und Kammern gebe es eine Reihe guter Vorschläge zur Zukunft von Gesellschaft und Produktion.



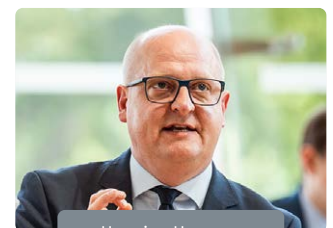
Kay Ritter



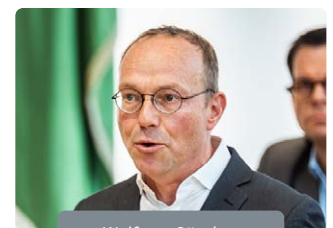
Jörg Urban



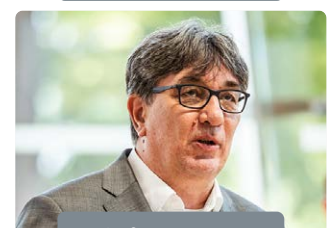
Ralf Böhme



Henning Homann



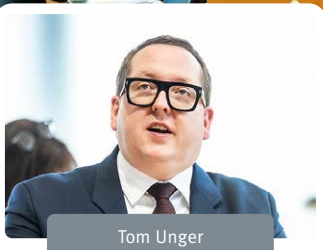
Wolfram Günther



Stefan Hartmann

Matthias Berger (fraktionslos) stellte fest, dass sich der Landtag seiner Meinung nach zu sehr mit sich selbst beschäftige. Die sächsischen Handwerker trieben hingegen ganz andere Probleme um, beispielsweise die überbordende Nachweis- und Erklärungs-pflicht bei öffentlichen Ausschreibungen.

// Dr. Daniel Thieme



Tom Unger



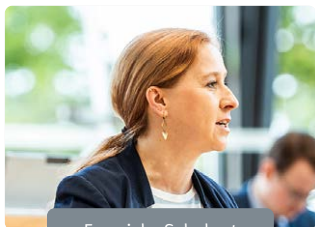
Jonas Dünzel



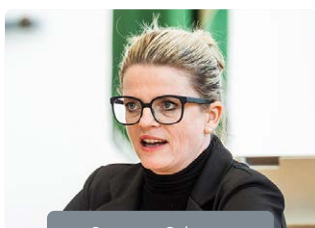
Sabine Zimmermann



Henning Homann



Franziska Schubert



Susanne Schaper

Sachsens Wünsche an die Berliner Politik

Der Freistaat hat konkrete Erwartungen an die neue Bundesregierung

In der ersten Aktuellen Debatte der 13. Plenarsitzung am 21. Mai 2025 befasste sich der Sächsische Landtag mit dem Thema: »Impulse für Zusammenhalt, Generationengerechtigkeit und ostdeutsche Perspektiven: Was Sachsen von der neuen Bundesregierung erwartet«. Die Debatte hatte die SPD-Fraktion beantragt. Sie fand rund zwei Wochen nach Bildung der neuen Bundesregierung statt.

SPD: Ostdeutsche Interessen beachten

Henning Homann (SPD) betonte, dass Deutschland mit einer neuen Bundesregierung wieder handlungsfähig geworden sei. Zum wichtigsten Ziel gehöre es nun, den Stillstand zu überwinden. Mit der Reform der Schuldenregel und zusätzlichen Mitteln für Zukunftsinvestitionen, insbesondere für die Infrastruktur, werde man die aktuellen Herausforderungen bewältigen. Nun gehe es darum, die notwendigen Gesetze zu beschließen, um die Infrastrukturmilliarden einsetzen zu können. Besonders in Ostdeutschland stehe die

Wirtschaft unter einem hohen Druck. Viele hiesige Unternehmen hätten nicht die gleichen Rücklagen wie Unternehmen in Westdeutschland. Die Frage nach den Löhnen sei aus ostdeutscher Perspektive ebenfalls sehr wichtig. Im Osten verdiente die Menschen für die gleiche Arbeit im Durchschnitt 600 Euro brutto weniger im Monat.

CDU: Wachstumsbremsen lösen

Die neue Bundesregierung unter Friedrich Merz stehe für einen klaren Politikwechsel, lobte Tom Unger (CDU). Es sei ein Wechsel hin zu mehr Verlässlichkeit, wirtschaftlicher Stärke

und innerer Sicherheit. Die ostdeutsche Perspektive gehöre nun zum integralen Bestandteil der Bundespolitik. Der Koalitionsvertrag enthalte konkrete Maßnahmen, die die Transformation der Wirtschaft förderten. Eine gezielte Unterstützung für energieintensive Industrien, insbesondere in den Bereichen Stahl und Chemie, sei wichtig, um die Wertschöpfung zu steigern und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Bestehende Wachstumsbremsen würden gelöst, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Dazu zähle unter anderem der Ausbau der Bahninfrastruktur zu den europäischen Nachbarn Polen und Tschechien.

AfD: Politik der Spaltung

Die SPD spreche oft vom gesellschaftlichen Zusammenhalt, dabei spiele ihre Politik die Menschen gegeneinander aus, äußerte sich Jonas Dünzel (AfD) kritisch. Es seien ihre ideologischen Phantasien, die die Gesellschaft andauernd spalteten und polarisierten. Das Eingreifen in fast alle Lebensbereiche habe Züge eines sozialistischen Staates. Doch daran hätten die Bürger kein Interesse. Sie seien dagegen, dass mit ihren Steuergeldern abgehobene Projekte finanziert würden. Die SPD-Politik schaffe keine Gerechtigkeit für Generationen, weder für die Jungen noch für die Alten. Die Rentner würden mit Almosen abgespeist. Den jungen Leuten ziehe man geradezu das Geld aus der Tasche. Obendrein habe die Koalition aus SPD und CDU/CSU die Aufnahme neuer Schulden beschlossen, die dann von den Jungen zurückgezahlt werden müssten.

BSW: Sparpolitik und ihre Folgen

Sabine Zimmermann (BSW) ging ebenfalls mit der SPD ins Gericht. Seit 1998 sei die Partei fast ununterbrochen an der Bundesregierung beteiligt gewesen. Damals habe sie das Versprechen vom sozialen Fortschritt gegeben. Doch die Realität sehe anders aus. Die Altersarmut steige ebenso wie die Kinderarmut. Besonders in Ostdeutschland floriere der Niedriglohnsektor. Die Menschen hätten am Ende des Monats immer weniger Geld in der Tasche. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger könnten sich vieles nicht mehr leisten, auch die Theater und Orchester wüssten nicht mehr, wie sie sich finanzieren sollten. Der aktuelle Haushaltsentwurf in Sachsen zeige das gesamte Ausmaß der Sparpolitik. Das BSW werde dies nicht unterstützen. Die Debatte sei ein symbolpolitischer Versuch,

soziale Wärme zu simulieren, die es aber gar nicht gebe.

BÜNDNISGRÜNE: Fehlender Realitätssinn

Angelehnt an den Debattentitel beschäftigte sich Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE) mit der Frage, was man vom neuen Bundeskanzler Friedrich Merz erwarten könne. Wenn Merz sage, dass sich Leistung wieder lohnen müsse, dann meine er höchstwahrscheinlich nicht die Pflegekraft, die in Doppelschichten arbeite oder die alleinerziehende Mutter, die nachts im Supermarkt Regale einräume, so Schubert. Viel eher gehe es ihm wohl um die Spitzenverdiener, die sich über Vermögens- und Erbschaftssteuer aufregten. Merz habe nicht im Blick, was an politischen Aufgaben wirklich anstehe. Er werde die strukturelle Benachteiligung ostdeutscher Regionen nicht bekämpfen und den Strukturwandel nicht sozial gestalten. Zu erwarten sei eher, dass er mit alten Rezepten neue Gräben ziehe. Dabei brauche man eine Renaissance des Anstandes im politischen Miteinander der demokratischen Kräfte.

Die Linke: Rückwärtsgewandte Politik

Susanne Schaper (Die Linke) führte aus, dass sie sich von der neuen Bundesregierung mehr Einsatz gegen die soziale Ungleichheit erhoffe. Dadurch solle auch die Demokratie in unserem Land wieder gestärkt werden. Doch statt mehr Solidarität sehe sie gegenwärtig eher die Suche nach Sündenböcken. Es stehe zu befürchten, dass, genauso wie in den Zeiten von Hartz IV, die Arbeitslosen drangsaliert würden. Dabei habe die SPD vor Kurzem noch Hartz IV überwinden wollen. Um den Zusammenhalt der Gesellschaft tatsächlich zu verbessern, müss-

»Mir ist wichtig, dass wir nicht nur in Straßen investieren, sondern auch in Kinder und Jugendliche.«



Sozialministerin Petra Köpping

te die Bundesregierung zuerst die extreme Ungleichheit hierzulande verringern. Das reichste Prozent der Deutschen besitze 35 Prozent des Gesamtvermögens, die gesamte ärmere Hälfte hingegen nur 2 Prozent. Ihre Partei fordere deshalb eine funktionierende Erbschaftssteuer, eine Vermögenssteuer sowie einen höheren Spitzensteuersatz.

Staatsregierung: Keine Schuldzuweisungen

Sozialministerin Petra Köpping (SPD) wies darauf hin, dass die anstehenden Aufgaben gemeinsam gelöst werden müssten. Wenn man nur auf die anderen zeige, dann werde es nicht gelingen. Die Infrastruktur sei der Kern von Deutschlands und auch

Sachsens Stärke. Es sei höchste Zeit, sie zu ertüchtigen. Der Investitionsfonds des Bundes setze das richtige Zeichen. In Sachsen dürften das Land und seine Kommunen von den zu erwartenden Geldern stark profitieren. Insbesondere die Kommunen hätten berechnete Sorgen. Sie müssten ernst genommen werden, da sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend seien. Priorität müssten auch die Anliegen der Kinder und Jugendlichen haben. Gleichzeitig wolle man auf Bundesebene auf eine Pflegeversicherung hinarbeiten. Dazu müsse aber zunächst darüber diskutiert werden, was uns die Pflege von Menschen in unserem Land wert sei.

// Dr. Daniel Thieme

Weitere Aktuelle Debatten:

In seiner 13. Sitzung am 21. Mai 2025 debattierte der Sächsische Landtag außerdem zum Thema »Als gäbe es kein Gestern und kein Morgen – wer bei Gedenkstätten kürzt, gefährdet eine wachsame Demokratie.« Beantwortet hatte es die Fraktion BÜNDNISGRÜNE.

Am 22. Mai 2025 standen in der 14. Plenarsitzung zusätzlich die Aktuellen Debatten »Tradition, Handwerk, Heimat – das immaterielle Kulturerbe im Freistaat Sachsen« (Antrag CDU) und »Problembaustelle Staat – Wird die JVA Zwickau zum Millionengrab?« (Antrag BSW) auf der Tagesordnung.



AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

Rechtsextreme Gefahren einst und heute

Landtag diskutiert über Rechtsextremismus und Rassismus an Schulen

Auf Antrag der Fraktion Die Linke debattierte der Sächsische Landtag am 21. Mai 2025 zum Thema »Keine Baseballschlägerjahre! Gemeinsam gegen Neonazi-Agitation an den Schulen, für Menschlichkeit und Demokratiebildung«.

Beängstigende Entwicklung

Das Thema sei aktuell, leitete Luise Neuhaus-Wartenberg (Die Linke) ein. Erst am heutigen Tage habe es in Sachsen eine Festnahme von Jugendlichen mit dem Vorwurf des Rechtsterrorismus gegeben. Es vergehe kaum eine Woche, in der es an Schulen keine Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund gebe. Benötigt würde neben Aufklärung und Prävention eine Schulkultur, die den Betroffenen zur Seite stehe. Lehrerinnen und Lehrer seien der demokratischen Grundordnung verpflichtet.

Holger Gasse (CDU) pflichtete seiner Vorrednerin bei. Wenn Schüler Hakenkreuze in ihre Arbeitshefte malten und sich selbst Grundschüler im Unterricht

rassistisch äußerten, dann stimme in unserer gesamten Gesellschaft etwas nicht. Man müsse sich daher fragen, ob das Richtige dagegen getan werde und die bestehenden Maßnahmen einer kritischen Betrachtung unterziehen. Vor allem müsse der Staat die Rolle der Lehrer stärken und sie zum Widerspruch ermutigen.

Eine andere Wirklichkeit?

Die Wirklichkeit an den Schulen, auf den Schulhöfen oder auf dem Weg zur Schule sei eine andere, hielt Tobias Heller von der AfD-Fraktion dagegen. Hier würden Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund bedroht, geschlagen oder erniedrigt. Bei diesen Geschehnissen werde kein Wort über die Ursachen oder die Täter verloren. Insbesondere linke Kreise leugneten dies. Bei der Debatte zu angeblichen »Baseballschlägerjahren« handle es sich um eine Scheindebatte.

Für den Begriff »Baseballschlägerjahre« stünden die Namen Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder Mölln, betonte Lutz

Richter (BSW). Bei diesem Zeitabschnitt handle es sich nicht um ein abgeschlossenes Kapitel. Die Gewalt sei geblieben, der Hass ebenso. Rechtsextremismus sei kein vergangenes Phänomen, sondern die Realität in Sachsen. Zu wenig werde dagegen mit präventiven Maßnahmen für junge Menschen getan. Diese Unterlassung komme der Gesellschaft teuer zu stehen.

Rechtsextreme Jugendkultur

Eine rechtsextreme Jugendkultur existiere in Sachsen schon seit der Wende, berichtete Laura Stellbrink (SPD). In den letzten beiden Jahren sei durch die sozialen Medien eine neue Dynamik entstanden. TikTok und Instagram spülten Hass und Hetze gegen Ausländer, gegen Linke oder gegen Frauen in die Klassenzimmer. Staat und Zivilgesellschaft sollten im Kampf gegen Rechtsextremismus gemeinsam an einem Strang ziehen, auch in den Schulen.

Für junge Menschen, so Christin Melcher (BÜNDNISGRÜNE), werde der gewaltbereite Rechtsextremismus immer anschlussfähiger. Insbesondere Chatgruppen und soziale Netzwerke beförderten rechtsextremes, gewaltbereites Denken und Handeln. Um ein Zuständigkeitsvakuum zu vermeiden, brauche es starke Netzwerke an den Schulen, zwischen der Schulgemeinschaft, der Polizei und den zivilgesellschaftlichen Akteuren.

An den Schulen gebe es keine Toleranz gegenüber Rechtsextremismus, betonte Kultusminister Conrad Clemens (CDU). Schülerinnen und Schülern würde eine freiheitlich-demokratische Haltung und ein diskriminierungsfreies Miteinander vermittelt. Die Staatsregierung fördere Fahrten zu Gedenkstätten und stärke die politische Bildung an Schulen. Dennoch steige die Zahl der Vorkommnisse mit einem Bezug zu Rechtsextremismus an. Dagegen müsse man klar Position beziehen.

// Dr. Thomas Schubert

Luise Neuhaus-Wartenberg



Lars Kuppi

Feuerwehr im Fokus

Kritik an Sparplänen der Staatsregierung

Der Sächsische Landtag debattierte am 22. Mai 2025 in seiner 14. Sitzung das Thema »Tatütata, die Feuerwehr ist nicht da – warum?« Im Mittelpunkt der von der AfD-Fraktion angestoßenen Aktuellen Debatte standen Fragen zur Ausstattung, Finanzierung und Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes im Freistaat.

Höchste Priorität

Lars Kuppi (AfD) warnte vor einem drohenden Versorgungsnotstand bei der sächsischen Feuerwehr. Trotz großem ehrenamtlichen Engagement mangle es an Ausstattung, Planungssicherheit und Anerkennung. Er kritisierte die geplanten Kürzungen im Landeshaushalt und die daraus resultierenden fehlenden Fördermittel für die Kommunen. Der Brandschutz solle trotz der angespannten Haushaltslage höchste Priorität haben.

Kerstin Nicolaus (CDU) stellte der von Lars Kuppi gezeichneten Krisenlage ein differenzierteres Bild entgegen. Lamentieren ließe sich immer, doch die Einsatzbereitschaft der sächsischen Feuerwehren sei weiterhin vorbildhaft. Ihre Ausstattung, das Engagement und die Nachwuchsarbeit seien auf einem guten Niveau. In den letzten Jahren habe man viel Geld investiert, um die Feuerwehren selbst und die Ehrenamtlichen zu fördern.

Ausstattung, Ausbildung und Anerkennung

Trotz des engagierten Einsatzes Tausender Feuerwehrleute im Freistaat sah Jens Hentschel-Thöricht (BSW) gravierende Mängel bei Ausstattung und Ausbildung. So sei häufig veraltete Technik im Einsatz und manches Löschfahrzeug älter als die Feuerwehrleute selbst. Die Landesfeuerweherschule Nardt arbeite an der absoluten Belastungsgrenze. Der Bedarf an Ausbildungsplätzen übersteige die Kapazitäten deutlich.

Sophie Koch (SPD) bezeichnete die Darstellungen der AfD als populistisch. In der Vergangenheit habe man zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Dazu gehöre die Helfergleichstellung im Katastrophenschutzgesetz sowie die Förderung der Jugendfeuerwehren. Zweifellos bestehe weiterhin Investitionsbedarf im Bevölkerungsschutz. Dieser könne in bestimmten Fällen auch durch Bundesmittel abgesichert werden.

Finanzierung und Reformbedarf

Angesichts des demografischen Wandels forderte Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) neue Ansätze im Brand- und Katastrophenschutz. In der vergangenen Wahlperiode sei man dabei bereits einige Schritte vorangekommen. Der Freistaat Sachsen habe die Feuerwehren entlastet, indem er die interkommunale Zusammenarbeit eingeführt und den Einstieg in die Stützpunktfeuerwehren ermöglicht habe.

Rico Gebhardt (Die Linke) bezeichnete den Debattentitel als respektlos gegenüber den Kameradinnen und Kameraden im Brandschutz. Er hob die Verantwortung der Politik für eine verlässliche Finanzierung und moderne Ausstattung der Feuerwehren hervor. Die Einnahmen der Feuerschutzsteuer müssten vollständig an die Kommunen weitergegeben werden. Für den Ausbau der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Nardt brauche es eine Lösung.

Der Staatsminister des Innern, Armin Schuster (CDU), wies Kritik am Brandschutz in Sachsen entschieden zurück. Die vorgebrachten Vorwürfe seien unsachlich und respektlos gegenüber den Einsatzkräften. Der aktuelle Plan für den Doppelhaushalt sehe zwar Einsparungen vor, dennoch gewährleiste er die Sicherheit. Sachsen werde das Ehrenamt und die Nachwuchsförderung bei der Feuerwehr auch weiterhin finanziell unterstützen.

// Magdalena Portack



Foto: Andreas Gruhl / stock.adobe.com

Hintergrundinformationen zur Feuerwehr in Sachsen

Die Feuerwehren sind zentrale Akteure des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes in Sachsen. Besonders im ländlichen Raum tragen sie entscheidend zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Im Kinder- und Jugendbereich steigen die Mitgliedszahlen seit vielen Jahren kontinuierlich an.

Vielgliedrige Strukturen

Die Feuerwehrlandschaft in Sachsen gestaltet sich vielfältig. Über das ganze Gebiet des Freistaats verteilen sich 419 Gemeindefeuerwehren, 1706 Ortsfeuerwehren, 8 Berufsfeuerwehren sowie 11 anerkannte Werks- und 15 Betriebsfeuerwehren. In den Werksfeuerwehren sind 673 Mitglieder und in den Betriebsfeuerwehren 405 Mitglieder organisiert, die Berufsfeuerwehren weisen

2 395 Mitglieder auf. 43 606 Männer und Frauen, das entspricht rund 95 Prozent der Mitglieder, gehören den freiwilligen Feuerwehren an.

Großes Interesse bei Jugendlichen

Ein wichtiger Zweig des sächsischen Feuerwehrwesens sind die Kinder- und Jugendfeuerwehren. In den 174 Kinderfeuerwehren mit ihren 2 138 Mitgliedern werden die 5- bis 8-Jährigen spielerisch an die fachlichen Themen herangeführt und erlernen Teamfähigkeit, Kameradschaft und Hilfsbereitschaft. Vom 8. bis

zum 18. Lebensjahr ist dann die Mitgliedschaft in den Jugendabteilungen möglich. Bei ihnen steht die Vorbereitung auf den richtigen Feuerwehrdienst im Mittelpunkt. Die wichtigsten Grundlagen und Kenntnisse erhalten die Jugendlichen in der technischen Ausbildung. Die Attraktivität des Angebots der Jugendfeuerwehren zeigt sich in dem seit Jahren ungebrochenen Interesse. So engagierten sich 2024 sachsenweit 17 485 Jugendliche im Feuerwehrwesen, wenngleich auch mit regionalen Unterschieden. Angeführt von den Landkreisen Erzgebirge und Bautzen ist das Interesse besonders im ländlichen Raum sehr stark, während die Mitgliedszahlen in den großen Städten niedriger ausfallen.

// Richard Güther

FEUERWEHRMITGLIEDSCHAFT im Freistaat Sachsen

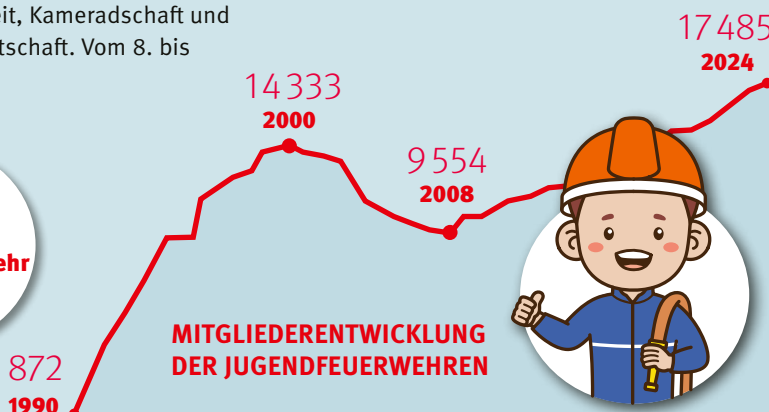
17 074
Jugendfeuerwehr

43 606
freiwillige Feuerwehr

2 138
Kinderfeuerwehr

2 395
Berufsfeuerwehr

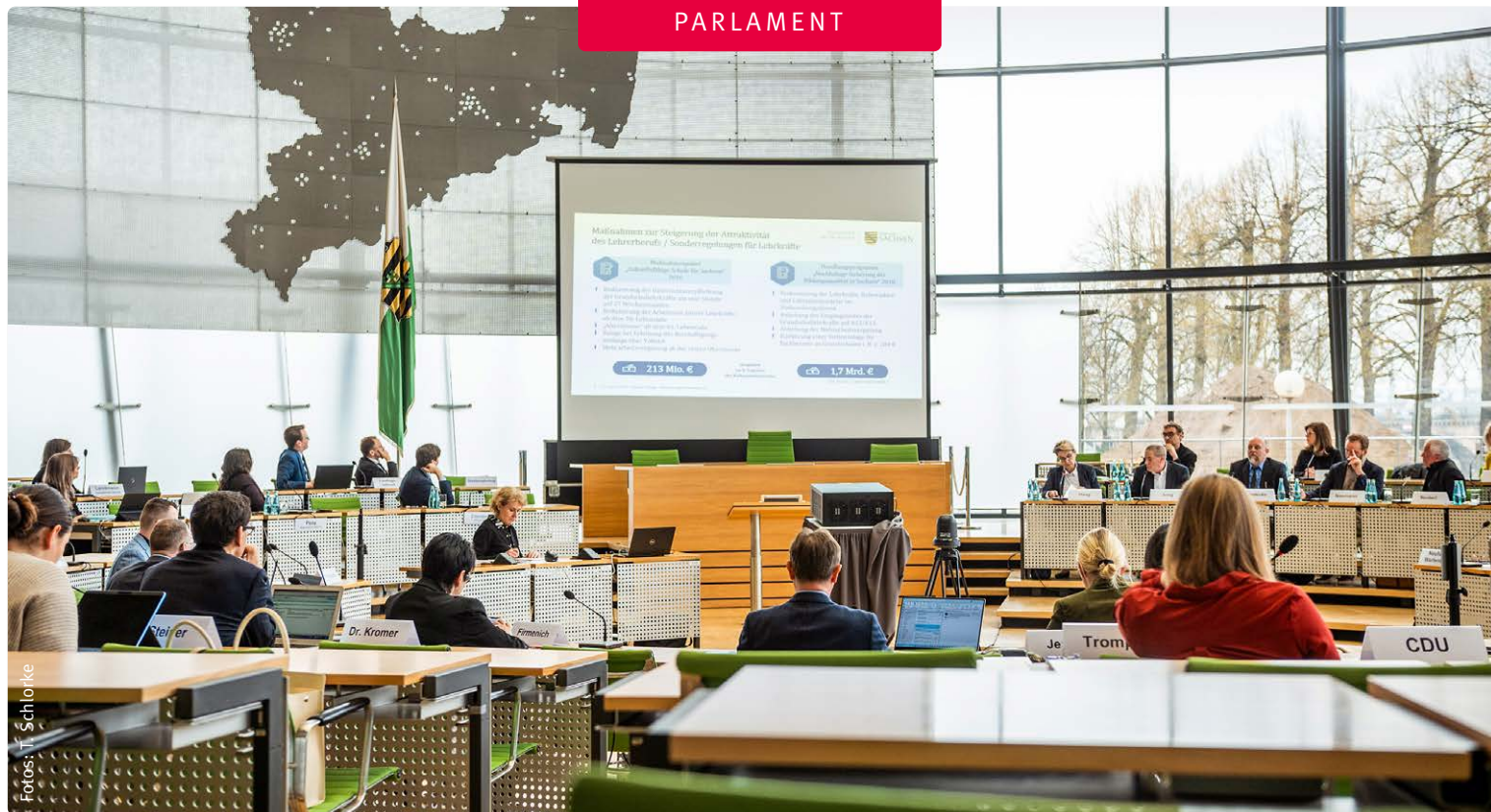
Quellen:
Landesfeuerwehrverband
Sachsen e.V. und Sächsisches
Innenministerium, Stand 2023



Quelle: Landesfeuerwehrverband Sachsen

SUCHE NACH LÖSUNGEN FÜR MEHR UNTERRICHTS- STUNDEN IN SACHSEN

Knapp 10 Prozent der Schulstunden im Freistaat fallen geplant oder außerplanmäßig aus. Um den Unterrichtsausfall zu senken und Lösungen zu finden, hörte der Ausschuss für Schule und Bildung im April mehrere Sachkundige an. Außerdem nahm die Enquetekommission zu den Kommunalfinanzen in Sachsen ihre Arbeit auf.



Mehr Mitsprache bei Bildungsreform angemahnt

Maßnahmen der Staatsregierung zur Unterrichtsversorgung bleiben kontrovers

Bereits im März hatte der Sächsische Landtag über Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung in Sachsen debattiert. Auf Antrag der Fraktion BÜNDNISGRÜNE befasste sich der Ausschuss für Schule und Bildung nun erneut mit dem Thema. Es stand im Rahmen einer öffentlichen Anhörung am 11. April sowie in einer Ausschusssitzung am 9. Mai 2025 auf der Tagesordnung.

Mit ihrem Antrag machten die BÜNDNISGRÜNEN auf die Kritik von Lehrerinnen und Lehrern aufmerksam. Bei vielen erregt das Maßnahmenpaket der Staatsregierung für eine bessere Unterrichtsversorgung und weniger Stundenausfall Unmut. Die Fraktion sprach sich unter anderem dafür aus, die betroffenen Lehrer stärker an der Umsetzung der Vorschläge zu beteiligen. Die Unterrichtsversorgung solle zwar besser werden, jedoch ohne dass sich die Arbeitsbedingungen der

Lehrkräfte oder die Unterrichtsqualität verschlechterten.

Das Lehrerarbeitsvermögen heben

Unter den zur Anhörung geladenen Sachkundigen begann zunächst Isolde Haag, Prüfungsabteilungsleiterin beim Sächsischen Rechnungshof. Sie zeigte auf, dass die Verbeamtung von Lehrkräften zwar die Attraktivität des Lehrerberufs in Sachsen gesteigert habe, die Unterrichts-



versorgung aber nicht besser geworden sei. Trotz erheblichen Stellenaufwuchses habe sich das Lehrerarbeitsvermögen kaum gesteigert. Das Defizit in der Unterrichtsversorgung sei in den folgenden Jahren sogar größer geworden. Anrechnungs-, Ermä-

ßigungs-, Freistellungs- und Minderungsstunden führten dazu, dass im geprüften Schuljahr 2021/2022 13 Prozent des Lehrerarbeitsvermögens (entspricht 3 650 Vollzeitstellen) nicht für Unterrichtszwecke genutzt worden seien. Der Rechnungshof

schlage vor, dieses Vermögen zu heben, indem Lehrkräfte von unterrichtsfremden Aufgaben, wie Verwaltungstätigkeiten, entlastet würden (für die sie i.d.R. Anrechnungsstunden erhalten). Ferner seien rund 1000 Lehrkräfte ins Ministerium oder nachgeordnete Behörden abgeordnet, die ebenfalls im Unterricht fehlten.

Ronald Lindecke, Vorsitzender des Landeselternrates Sachsen, und Dr. Jörg Oettler, Standortleiter Chemnitz im Landesamt für Schule und Bildung, wiesen beide auf den großen Druck sächsischer Eltern hin, endlich zu Verbesserungen zu kommen. Oettler sprach davon, dass er durch zahllose Elternbeschwerden den Unmut zu spüren bekomme. Er sei insgesamt für 70 000 Schüler und 7 000 Lehrkräfte verantwortlich. Das Problem der prekären Versorgungslage über Neueinstellungen lösen zu wollen, sei seiner Meinung nach aber illusorisch. Stattdessen müsse man auch durchaus umstrittene Maßnahmen treffen, indem Arbeitskräftevermögen anders verteilt werde.

Die sächsischen Lehrkräfte nicht außen vor lassen

Michael Jung, Vorsitzender des Sächsischen Lehrerverbands, bemängelte insbesondere die ausgefallene Beteiligung der Lehrkräfte bei der Erarbeitung des Maßnahmenpakets. Schließlich seien sie es, die die Vorschläge umsetzen müssten. Statt Dialog habe das Kultusministerium auf Aktionismus gesetzt.

Die Maßnahmen seien erstellt worden, bevor die Ergebnisse der Arbeitszeitstudie überhaupt vorgelegen hätten. Den Vorschlag, die Stundenentlastungen älterer Lehrkräfte zu streichen, kritisierte er scharf. Christina Strom, Lehrerin und Hauptausbildungsleiterin in der Lehrerbildung Leipzig, fügte an, dass aus ihrer Sicht mit dem vorgelegten Maßnahmenpaket lediglich Ressourcen von einer Seite zur anderen Seite verschoben würden. In ihrem eigenen Fall müsste sie beispielsweise zwei bis vier Stunden abgeben, die ihr dann für die individuelle Begleitung von Lehrkräften in der Ausbildung nicht mehr zur Verfügung stehen würden.

Burkhard Naumann, Vorsitzender der GEW Sachsen, begrüßte den Antrag. Er hob hervor, dass bei jeglichen Maßnahmen der Blick auf die Arbeitsbelastung der sächsischen Lehrkräfte entscheidend sei. Er machte darauf aufmerksam, dass Eingriffe in die Arbeitszeitregelungen bereits im kommenden Schuljahr umgesetzt werden sollten. Für die aufgeführten Entlastungen lägen hingegen keine Zeitpläne vor.

Nach einem längeren Austausch zwischen den Ausschussmitgliedern und den Sachkundigen wurde die Drucksache am Ende zunächst vertagt. Am 9. Mai 2025 stand sie dann zur abschließenden Beratung wieder auf der Tagesordnung. Der Antrag fand nach Auswertung aller Stellungnahmen keine Mehrheit im Bildungsausschuss.

// Janina Wackernagel

ZUM NACHLESEN



Stenografisches Protokoll:
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=41261



Anhörungsvideo:
<https://www.landtag.sachsen.de/de/mediathek-und-publikationen/videos/anoerungsvideos/videoeinzelbeitrag/2448-1>



Foto: picture alliance/dpa | Sebastian Kahnert

Anhörung im Untersuchungsausschuss

Während der Coronapandemie gehörte Prof. Dr. Christian Drosten von der Berliner Charité zu den bekanntesten Vertretern seines Fachs. Am

16. Mai 2025 war der Virologe im Corona-Untersuchungsausschuss des Landtags geladen und beantwortete die Fragen der Abgeordneten.



Foto: S. Floss

Erste Sitzung der Enquetekommission zu Kommunalfinanzen

Die Enquete-Kommission »Ein lebenswertes Sachsen – durch handlungsfähige Kommunalhaushalte und Stärkung der Entscheidungsträger vor Ort« ist am 14. April 2025 zu ihrer ersten Sitzung zusammengekommen. Sie ist damit die zweite Enquete-Kommission in dieser Legislatur und wurde durch einen Plenarbeschluss in der 8. Sitzung am 13. Februar 2025 auf Antrag der AfD-Fraktion eingesetzt.

Die konstituierende Sitzung eröffnete, wie von der Geschäftsordnung vorgesehen, Landtagspräsident Alexander

Dierks. Er begrüßte ausdrücklich das Vorhaben, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände systematisch in die Kommissionsarbeit einzubinden. Die Enquete-Kommission hat 20 Mitglieder. Zu ihrem Vorsitzenden wählte sie Thomas Thumm (AfD) und zur stellvertretenden Vorsitzenden Kerstin Nicolaus (CDU). In den kommenden Wochen wird sich die Kommission ein Arbeitsprogramm geben und am 8. September in die inhaltliche Arbeit einsteigen. Dann sollen Vertreter der Staatsregierung und der Kommunen angehört werden.

AKTUELLE GESETZGEBUNG

Stand: 01.06.2025

TITEL EINBRINGER AUSSCHUSS	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zum Staatsvertrag zur Aufgabenerfüllung nach dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz 8/1854 Staatsregierung Ffd.: Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	Der Staatsvertrag bildet die rechtliche Grundlage zur Errichtung und zum Betrieb einer zentralen Marktüberwachungsbehörde der Länder für die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen. Das Gesetz erteilt die erforderliche Zustimmung zum Staatsvertrag.	✓
Gesetz zum NOOTS-Staatsvertrag 8/2286 Staatsregierung Ffd.: Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport	Nach dem »Once-Only-Prinzip« soll im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Abruf von bereits vorliegenden elektronischen Nachweisen aus den Registern der deutschen Verwaltung durch öffentliche Stellen ermöglicht werden. Mit dem Gesetz wird der Staatsvertrag zu Landesrecht.	✓
Viertes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Kirchensteuergesetzes 8/2577 Staatsregierung Haushalts- und Finanzausschuss	Gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden die Bestimmungen über das besondere Kirchgeld in glaubensverschiedener Lebenspartnerschaft rückwirkend geändert, indem diese mit Ehegatten gleichgestellt werden.	✓
Gesetz zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften und akzeptanzfördernder Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien 8/2644 CDU und SPD Ffd.: Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung	Um Akzeptanz zu fördern und die Flexibilität bei der Umsetzung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes zu erhöhen, soll regionalen Planungsverbänden die Möglichkeit der Windplanung in zwei Stufen eingeräumt werden. Daneben soll eine Verlängerung der Flexibilisierungsklausel weitere Windenergieanlagen ermöglichen. Einwohnerinnen und Einwohner, die unmittelbar von Windenergieanlagen und Freiflächenanlagen betroffen sind, sollen zudem eine direkte finanzielle Beteiligung erhalten.	○



angenommen



abgelehnt



neu im parlamentarischen Verfahren



Nähere Informationen unter
<https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster

JAHRESBERICHT INFORMIERT ÜBER DIE SITUATION DER AUSLÄNDER IN SACHSEN



Einmal im Jahr berichtet der Sächsische Ausländerbeauftragte über die Lage von Ausländern in Sachsen. Neben Zahlen, Daten und Fakten beschäftigt sich der neueste Bericht mit den Integrationsbemühungen von sächsischen Handwerksbetrieben sowie ehrenamtlichen Initiativen.



Der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth übergibt den Jahresbericht 2024 an Landtagspräsident Alexander Dierks

Foto: Landtag

Wandel statt Endpunkt

Bericht des Ausländerbeauftragten veröffentlicht

Aller Voraussicht nach ist es wohl der letzte Jahresbericht eines Sächsischen Ausländerbeauftragten an den Sächsischen Landtag. Der scheidende Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth hat am 3. Juni 2025 seine Dokumentation zur Lage der Ausländer in Sachsen im Jahr 2024 an das Parlament zur Beratung übergeben.

Durch das im Mai 2024 verabschiedete Sächsische Integrations- und Teilhabegesetz ist geregelt, dass mit der Neuwahl einer oder eines Sächsischen Integrationsbeauftragten das Amt des Ausländerbeauftragten endet. Die enge Verbindung zum Sächsischen Landtag bleibt jedoch bestehen. Sachsen ist das einzige Bundesland mit einem Beauftragten, der aus der Mitte der Abgeordneten vom Landtag gewählt wird, nach eigenem Ermessen tätig werden kann und institutionell beim Landtag angebunden ist. Der künftige Aufgabenbereich wird umfangreicher. Er soll bewusst die Integration aller Menschen mit Migrationsgeschichte in Sachsen fördern – egal, welchen Pass sie haben. Der Berichtszeitraum wird

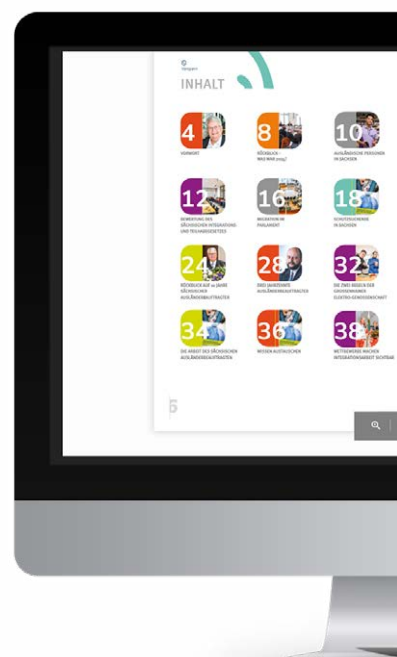
von einem Jahr auf zwei ausgedehnt.

Geert Mackenroth resümiert in dem nun veröffentlichten Bericht für das Jahr 2024, dass sich das Thema Integration in seiner zehnjährigen Amtszeit als überaus facettenreich, herausfordernd und unabdingbar etablierte. »Es wird uns begleiten und muss aktiv gestaltet werden.« Mackenroth weist auch darauf hin, dass das Parlament mit dem Sächsischen Integrationsgesetz die Aufgabenstellung neu formuliert hat: »Ausländer sind nicht mehr Sonderfälle in unserer Gesellschaft. Vielmehr sind wir in einer Gesellschaft angekommen, die Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gemeinsam wahrnehmen und voranbringen muss«. Allerdings – so

Mackenroth – »muss dieses Gesetz noch durch Verordnungen präzisiert und durch finanzielle Mittel und Zielvorgaben untermauert in die Praxis einwirken«.

Lob und Gestaltungsvorschläge sowie eine kritische Bewertung des Integrations- und Teilhabegesetzes finden sich ebenfalls im Bericht des Ausländerbeauftragten. Ein Chemnitzer Migrationsforscher sowie ein Jurist der Universität München haben es aus rechtswissenschaftlicher und teilhabetheoretischer Perspektive untersucht. Weitere Schwerpunkte der Dokumentation bilden Einblicke in die Integrationspraxis von sächsischen Handwerksbetrieben und das Bemühen von Vereinen und ehrenamtlichen Initiativen an der Basis. Neben den gewohnten Zahlen

zu Schutzsuchenden in Sachsen wird die Arbeit der Sächsischen Härtefallkommission ausführlich beleuchtet. Sie besteht in diesem Jahr bereits 20 Jahre. Zudem enthält der Bericht einen Abriss zum über 30-jährigen Bestehen des



Amtes. Beginnend mit Heiner Sandig im Jahr 1992, der in drei Legislaturperioden die Arbeit prägte, über Friederike de Haas und Dr. Martin Gillo, bis hin zu Geert Mackenroth, werden die Meilensteine und Schwerpunkte aufgeführt.

Digitale Angebote und wenige Druckexemplare

Der Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten 2024 wird bis auf wenige Belegexemplare als digitale Flipbook-Version im Internet www.offenes-sachsen.de angeboten. Diese Art der Präsentation erlaubt es, Bilderstrecken, Videos und Animationen in das Dokument einzubinden. Außerdem können weiterführende Informationen vorgehalten werden. Die Anzeige ist für alle Endgeräte optimiert. Damit wird

sie dem veränderten Verhalten der Nutzer gerecht, die zu rund 50 Prozent auf Smartphones nach Informationen suchen. Im Internet kann auch eine barrierefreie PDF-Version abgerufen werden.

Mackenroth dankte anlässlich der Vorstellung den Abgeordneten für ihre Unterstützung und kritische Begleitung seiner Arbeit. Den parlamentarischen Beratungen sehe er gespannt entgegen. Die Drucksache wird im Innenausschuss beraten. Dabei steht der Beauftragte den Abgeordneten nach einer kurzen Präsentation Rede und Antwort. In der Regel nutzen die Ausschussmitglieder die Gelegenheit zu einer weitergehenden Befragung. Im Anschluss wird der Jahresbericht im Plenum diskutiert und formal zur Kenntnis genommen.

/// Markus Guffler



Flipbookversion



Der Sächsische
Ausländerbeauftragte

www.offenes-sachsen.de



Barrierefreies PDF



Kurzführer der neuen Wahlperiode erschienen

Wer sitzt im Landtag, wie ist das Parlament organisiert und welche Aufgaben haben die Abgeordneten? Diese und viele weitere Fragen beantwortet der neue Kurzführer des Sächsischen Landtags. Er beinhaltet zahlreiche Grafiken und erklärt die Arbeit des Parlaments anschaulich und kompakt. Darüber hinaus zeigt der Kurzführer Wege auf, wie sich Bürger politisch engagieren können, etwa indem sie Petitionen einreichen oder Volksbegehren initiieren.

Der Kurzführer kann beim Publikationsservice des Sächsischen Landtags bestellt werden: www.landtag.sachsen.de/Publikationen.



Zeichen der Erinnerung am 8. Mai

Der 8. Mai ist seit diesem Jahr ein Gedenktag in Sachsen. Er markiert das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. Aus diesem Anlass fand in Chemnitz eine Gedenkveranstaltung an der »Bank für Justin Sonder« statt. Der Ort erinnert an den gebürtigen Chemnitzer und Holocaust-Überlebenden Justin Sonder. Sein Schicksal steht stellvertretend für die unzähligen Opfer des Nationalsozialismus. Landtagspräsident Alexander Dierks betonte auf der Veranstaltung, dass der 8. Mai 1945 die Voraussetzung dafür gewesen sei, dass es überhaupt wieder ein freies und demokratisches Deutschland geben konnte.



Foto: M. Rietschel

Landtagspräsident trifft Botschafterin aus Lettland

Am 20. Mai 2025 begrüßte Parlamentspräsident Alexander Dierks die Botschafterin Lettlands, Alda Vanaga, zu ihrem offiziellen Antrittsbesuch in Sachsen. Beide tauschten sich darüber aus, die Zusammenarbeit in den Bereichen Digitalisierung, KI und Staatsmodernisierung zu verstärken. Zudem sollen gezielt Ansätze für Kooperationen in Wissenschaft, Kultur und Forschung gefunden und der Austausch von Jugendlichen beider Länder intensiviert werden.

JUNGE STIMMEN

Vier Formate, ein Ziel: Demokratie verstehen, mitgestalten und erleben



Fotos: T. Schlorke

1

LANDESSCHÜLERRAT ÜBT PARLAMENTSARBEIT

Bei einem Planspiel am 7. April 2025 schlüpften Mitglieder des Landesschülerrates Sachsen in die Rolle von Abgeordneten. Sie verhandelten, debattierten und stimmten über Gesetze ab, so wie es auch die gewählten Mitglieder des Landtags regelmäßig tun. »Es gibt keinen besseren Ort, um Demokratie zu üben, als unseren Plenarsaal. Ich bin beeindruckt, mit wie viel Begeisterung und Interesse an den Details die jungen Menschen hier an einem Sonntag dabei sind«, sagte Landtagspräsident Alexander Dierks zur Begrüßung. Die Veranstaltung organisierte der Landesschülerrat Sachsen gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.



Fotos: Ralf-Thomas Schiebel, SMK

2

LANDESSIEGER VON »JUGEND DEBATTIERT« GEKÜHRT

Beim Landesfinale von »Jugend debattiert« am 2. Mai 2025 lieferten sich Schülerinnen und Schüler spannende Wortgefechte im Landtag. Das Landesfinale ist für alle, die in Sachsens Schulen und in Arbeitsgemeinschaften das Debattieren lernen und trainieren, der alljährliche Höhepunkt des Wettbewerbs. »Jugend debattiert soll sie in die Lage versetzen, sich fair und sachlich mit politisch relevanten Themen auseinanderzusetzen, zu argumentieren und mit Worten zu überzeugen. Die Besten des Landesfinales qualifizieren sich für das Bundesfinale.



IM PARLAMENT



Fotos: M. Rietschel

3

elbMUN-KONFERENZ TAGT IM PLENARSAAL

Bei der elbMUN-Konferenz schlüpften junge Studierende in die Rolle von Vertretern verschiedener Staaten. Der Landtag war am 18. Mai 2025 zum wiederholten Mal Schauplatz einer Simulation der Vereinten Nationen in Sachsen. In englischer Sprache verhandelten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Themen der internationalen Politik. Mittendrin im Plenarsaal war Landtagspräsident Alexander Dierks. Er tauschte sich in Gesprächen mit den jungen Menschen aus und betonte, dass die großen Krisen und Konflikte nicht innerhalb der Grenzen einzelner Länder gelöst werden können, sondern nur im Rahmen der internationalen Gemeinschaft.



Fotos: landtag

4

PRAXISNAHER JUGENDPRESSETAG IM PARLAMENT

Gemeinsam mit der Jugendpresse Sachsen hat die Landespressekonferenz Sachsen (LPK) am 16. April 2025 den 17. Jugendpressetag veranstaltet. Rund 40 Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure von Schulen aus ganz Sachsen schauten im Parlament hinter die Kulissen der Landespolitik. Tino Moritz, Vorsitzender der LPK und langjähriger politischer Korrespondent, erläuterte im Pressezentrum der LPK die Arbeit des Journalistenvereins. Der Höhepunkt des Tages war eine Pressekonferenz am Originalschauplatz, bei der sich die Abgeordneten Daniela Kuge, Laura Stellbrink und Luise Neuhaus-Wartenberg den Fragen der Nachwuchsjournalisten stellten.



Die größte Kunstausstellung d

— Kunst- und Skulpturenweg PURPLE PATH

Gemeinsam mit der Kulturhauptstadt Chemnitz feiern 38 Kommunen im Umland auf dem Purple Path. Nach anfänglicher Skepsis hat sich das Projekt des Skulpturenpfads zum Publikumsmagneten entwickelt.



»The Universe In A Pearl« von Rebecca Horn in Löbnitz

Skulpturen von Tony Cragg und Sean Scully in Bad Schlema und in Schneeberg, eine Installation von Rebecca Horn in Löbnitz – kaum jemand hätte noch vor vier Jahren vermutet, dass in der südwestsächsischen Provinz zeitgenössische Kunstwerke von Weltrang zu sehen sind. Inzwischen können Kulturhauptstadtbesucherinnen und -besucher fast den Überblick verlieren, wenn sie alle Werke auf dem Purple Path entdecken wollen. Der Skulpturenpfad, der 38 Kommunen von Freiberg bis Zwickau, von Wechselburg bis Olbernhau mit der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz verbindet, hat sich zum Erfolgsprojekt entwickelt.

So hatten sich das Kurator Alexander Ochs und Silke Franzl, vorgestellt. Der ländliche Raum sollte Aufmerksamkeit bekommen und die Kulturhauptstadt bereichern, Chemnitz wiederum

auf den ländlichen Raum ausstrahlen, wünschte sich Silke Franzl, die das Umland bei den Kulturhauptstadt-Organisatoren vertritt. Wie viele kulturelle Ideen der Purple Path in den beteiligten Orten auslöst, war besonders eindrucksvoll am Wochenende der offiziellen Eröffnung des Kunstwegs Mitte April zu spüren.

Nun fegt ein frischer Wind durchs Gebirge und die Muldentäler. Olbernhau, Seiffen, Ehrenfriedersdorf, Annaberg-Buchholz, Thalheim, Frankenberg, Lichtenstein – das sind Orte und Horte der Tradition, der Geschichte. Doch zwischen alten Häusern im Erzgebirgischen Freilichtmuseum Seiffen wirbelt nun eine weiße, etwa drei Meter hohe, moderne Skulptur aufsteigender Metallbänder, die Aufbruch, Tempo, Bewegung markiert. »Twister Again«, die Arbeit der US-amerikanischen Künstlerin Alice Aycock, ist eine der Attrak-

tionen auf dem Purple Path. Am Olbernhauer Bahnhof erinnert eine Skulptur mit dem Schriftzug »Plywood«, übersetzt »Sperrholz«, von Jay Gard an das berühmte »Hollywood« auf den Hügeln von Los Angeles. Nahe des ehemaligen Ehrenfriedersdorfer Zinnbergwerks suhlen sich bronzene »Wildschweine« von Carl Emanuel Wolff. Der Legende nach sollen Wildschweine das erste Zinn am Sauberg »entdeckt« haben.

Der Name des Purple Path erinnert an den Fußballverein FC Erzgebirge Aue, aber auch an die Farbe der Buße, Besinnung und Umkehr in der christlichen Kirche, die das Erzgebirge mitgeprägt hat. »Alles kommt vom Berge her«, so das Motto des Purple Path. Wasser und Holz wurden für den Bergbau gebraucht, lockten aber auch Textilindustrie und Maschinen-



»Polygonales Pferd II« von Gregor Gaida in Oederan

bau, ideenreiche Erfinder und Firmengründer zu Beginn der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert nach Südwest-



»Zwei ineinander Gewobene« von Olaf Holzapfel in Amtsberg

sachsen. Daran erinnern viele der Werke auf dem Skulpturenweg.

Anfangs, 2023, schien es noch so, als würde es der lila Pfad schwer haben, neues Publikum für den ländlichen Raum um Chemnitz zu erschließen. Inzwischen hat sich der Skulpturenpfad gefüllt und wird als ein gigantisches Freilichtmuseum moderner Kunst sichtbar und erlebbar, erregt immer mehr überregionale Aufmerksamkeit, lockt Einheimische an vertraute Orte, eröffnet neue Blicke. Selbst umstrittene Werke wie das »Polygonale Pferd« von Gregor Gaida am Dorfmuseum Gahlenz, eine Hommage an die von Menschen geschundene Kreatur, sorgen für zusätzlichen Besuch. Spaziergänger wandern zu Olaf Holzapfels Balkenturm »Zwei ineinander Gewobene« in Amtsberg. Rebecca Horns grandiose Spiegelinstallation »The Universe In A Pearl« in der Hospitalkirche Löbnitz ist ein Publikumsmagnet geworden. Die Kunst auf dem Purple Path wird beachtet, diskutiert und kann zum Teil sogar benutzt werden. Zum

Foto: Johannes Richter



»Twister Again« von Alice Aycock in Seiffen

Beispiel die »Modified Social Bench for Jahnsdorf #1« des in Berlin lebenden Künstlers Jeppe Hein neben einem Spielplatz an der Straße der Jugend in Jahnsdorf. Fragil sind dagegen die monumentalen Objekte 3501 und 3502 aus der Serie »One Million« der in Österreich geborenen und in Berlin lebenden Künstlerin Uli Aigner, die ihren Platz in Löbnitz gefunden haben. Der türkischstämmige Künstler Iskender Yediler nimmt mit seiner akustisch-architektonischen Skulptur »Ohne Titel (ESDA)« in Lichtenstein, einem alten Fabrikbau nachempfunden, auf die frühere Textilproduktion in der Region Bezug, die nach der Friedlichen Revolution 1989/90 fast vollständig zum Erliegen kam. Wie ein flüchtiger Blick, »Glance«, rauschen die Bilder der gleichnamigen grafischen Installation von Tanja Rochelmeyer im Fußgängertunnel des Bahnhofs Flöha an den Passanten vorüber. Früher nutzten den Tunnel unter anderem Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter auf dem Weg von der Bahn zur nahen Baumwollspinnerei.

Tony Cragg gehört zu den renommiertesten Künstlern, die auf dem Purple Path vertreten sind. Einst hatte der Dichter Heinrich von Kleist vom Erzgebirge geschwärmt als einer Gegend, »wo das ganze Land aussieht, wie ein bewegtes Meer von Erde, die Berge, wie kolossalische Pyramiden, in den schönsten Linien geformt, als hätten die Engel im Sande ge-

spielt«. Nun hat sich im Kurpark von Bad Schlema das »Meer von Erde« aufgetan und einen Bronze-Koloss von Tony Cragg ausgespuckt. Der Austel-Park in Zwönitz passt perfekt zum Motto der Kulturhauptstadt Chemnitz, »C the unseen« – das Ungesehene entdecken. Etwas versteckt



»Oben-Mit« von Osmar Osten in Chemnitz am Schillerplatz

hinter der gleichnamigen Villa ist der Park ein Kleinod mit einem schilfbewachsenen Teich. Über dem Wasser leuchtet in der Dunkelheit die Lichtinstallation »Color Floating«, schwebende Farben, der in der Türkei geborenen Berliner Künstlerin Nevin Aladağ. Angelehnt an eine ihrer früheren Arbeiten, hat sie metallene Gestelle im Stil der seit den 1960er-Jahren berühmten Lampen des dänischen Designers Poul Henningsen gebaut und mit leuchtend farbigen Stoffen der traditionsreichen, noch immer aktiven Strumpffirma Falke bezogen.

Die Arbeiten auf dem Purple Path korrespondieren mit ihren Standorten und bekommen so zum Teil auch eine andere oder zusätzliche als die vom Künstler ursprünglich intendierte Bedeutung. Wirkt das Motto »Alles kommt vom Berge her« für den Purple Path manchmal etwas weit hergeholt, so passt es hervorragend zum »Coin Stack«, dem Münzstapel, von Sean Scully in Schneeberg. Es war vielleicht der erste Arbeiterstreik der frühen Neuzeit: der heute so genannte Schneeberger Bergstreittag 1496. Der Aufwand für die Förderung der tieferliegenden Silbererze war größer geworden, die Grubenbesitzer wollten die höheren Kosten auf die Bergleute abwälzen, was die sich nicht gefallen ließen. Damit war der Schneeberger Bergstreittag geboren, dessen Erfolg, die Rücknahme der Lohnkürzungen, bis heute gefeiert wird. Ursprünglich verband Scully mit dem »Coin Stack« die Erinnerung an das Trinkgeld seines Vaters, von dem die Kinder der in ärmlichen Verhältnissen lebenden Familie ihr Taschengeld erhielten.

Spannend machen den Purple Path nicht nur die Vielgestalt der künstlerischen Arbeiten, sondern auch die Vielfalt der Orte, an denen die Kunstwerke ihren Platz finden. Karolin Schwabs »My floating home« schwebt im Mühlgraben nahe der Historischen Schauweberei Braunsdorf. Auch Michael Sailstorfers »Fließgewicht« hat in Zschopau einen Platz direkt am Wasser gefunden. Inzwischen sind auch mehrere einheimische Künstler auf dem Purple Path vertreten. Jan Kummers »Heimat Ensemble II« in Gersdorf und Osmar Ostens originelle Nussknacker-Skulptur »Oben-Mit« in Chemnitz bringen sogar etwas Humor in die oft allzu ernste neue Kunstlandschaft, die im Übrigen am besten mit öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln zu bewältigen ist.

Die meisten der Kunstwerke sollen dauerhaft auf dem Purple Path verbleiben und schaffen so ein nachhaltiges Kunsterlebnis in der Region über das Kulturhauptstadtjahr 2025 hinaus.

// Matthias Zwarg

Alles über den Purple Path unter
<https://chemnitz2025.de/purple-path/>

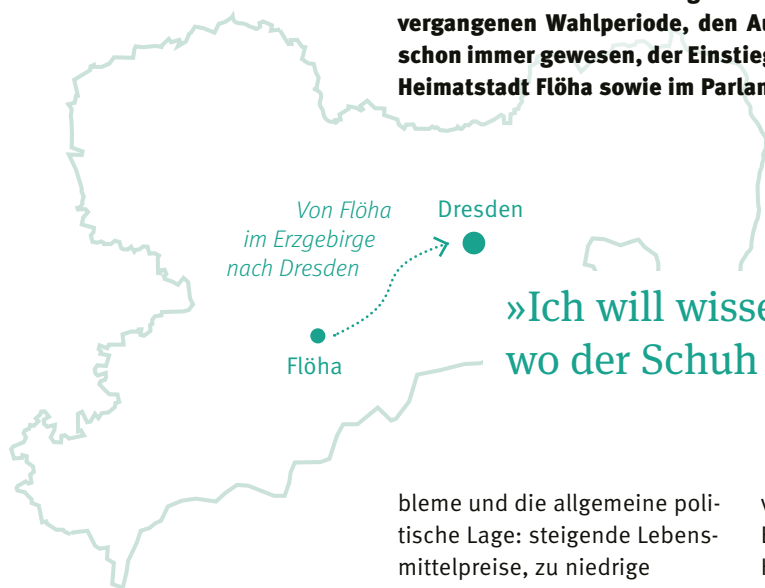


»Die Menschen sind politikverdrossen.«

Ein Tag mit Romy Penz,
Vorsitzende des Ausschusses für
Schule und Bildung

Fotos: T. Schlorke

Seit 2019 ist Romy Penz Abgeordnete des Sächsischen Landtags. Sie sitzt für eine Region in Mittelsachsen im Parlament. Die gelernte Malermeisterin und Restauratorin leitet hier, wie bereits in der vergangenen Wahlperiode, den Ausschuss für Schule und Bildung. Politisch interessiert sei sie schon immer gewesen, der Einstieg in die aktive Politik erfolgte 2013. Wir haben Romy Penz in ihrer Heimatstadt Flöha sowie im Parlament begleitet.



»Ich will wissen,
wo der Schuh drückt.«

Frau kurz vor dem Fall der Mauer und die spätere Rückkehr in die Heimat. Das angestrebte Studium für Nachrichtenwesen blieb ihr

Mobile Bürgersprechstunde

Der Himmel ist grau und das Thermometer verharrt hartnäckig im einstelligen Bereich, während wir uns auf dem Wochenmarkt in Flöha treffen. Zwischen Händlern, die Blumen, Honig oder Schuhe anbieten, hat Romy Penz ihren Stand aufgebaut. Mobile Bürgersprechstunde in ihrer Heimatstadt. Diskutiert werden Alltagspro-

bleme und die allgemeine politische Lage: steigende Lebensmittelpreise, zu niedrige Renten. Auch Frust wird artikuliert. »Die Menschen sind politikverdrossen«, sagt Romy Penz. Manch einer fragt sich, ob denn schon wieder für eine Wahl geworben werde. Andere nutzen die Gelegenheit, um Persönliches auszutauschen. Man kennt sich in der erzgebirgischen Kleinstadt mit rund 11 500 Einwohnern. Romy Penz ist hier zu Hause.

»Ich bin regelmäßig mit meinem Bürgermobil im Wahlkreis unterwegs«, erzählt die Politikerin. Dieser erstreckt sich

von Niederwiesa bis Brand-Erbisdorf, von Flöha bis Hainichen. »Dabei stehen wir jetzt oft auch an Straßen und nutzen dafür den Nachmittag oder frühen Abend.« So gelänge es ihr besser, Berufstätige und jüngere Menschen zu erreichen. »Ich will wissen, wo der Schuh drückt.«

»Das Beste aus beiden Welten«

»Das Beste aus beiden Welten zusammenzubringen«, formuliert Penz ihren politischen Anspruch mit Blick auf ihre Jugend in der DDR, ihre Ausreise als junge



1988 nach dem Abitur verwehrt. Stattdessen folgte eine Ausbildung zur Facharbeiterin für Postverkehr. Schließlich geht sie nach Bayern, wird Niederlassungsleiterin eines Handwerksbetriebs und qualifiziert sich später zur Malermeisterin und Restauratorin. »Der Einstieg war schwierig, ich hatte keine Betreuung für mein Kind und auf der Baustelle stellte man mir nicht selten die Frage, wann denn der Chef käme«, erzählt Penz. Zurück in Sachsen wird sie schließlich zur Geschäftsführerin und leitet die Firma viele Jahre. Gleichberechtigung statt festgelegte Frauenquote sei der richtige Weg, davon ist sie überzeugt. In ihrer Fraktion im Landtag ist die Abgeordnete eine von lediglich vier Frauen.

Konsequenzen bedenken

Ihr Einstieg in die aktive Politik erfolgte 2013. Die Kritik an der Eurorettung war der Auslöser für Penz, in die AfD einzutreten.

Es folgte eine schnelle Karriere. 2014 wurde sie Mitglied im Kreistag sowie Fraktionsvorsitzende im Stadtrat. Fünf Jahre später zog sie erstmals in den Landtag ein, 2024 holte die Politikerin das Direktmandat im Wahlkreis Mittelsachsen 2. Romy Penz sieht es als Vorteil, die unterschiedlichen Entscheidungsebenen zu kennen. »Das hilft dabei, eine Draufsicht auf Probleme zu entwickeln«, erzählt die Abgeordnete in ihrem Wahlkreisbüro – gelegen in einer ehemaligen Fleischerei am Ufer der Zschopau. Als Beispiel nennt die Bildungspolitikerin die Schulnetzplanung. So setze sie sich sehr für wohnortnahe Berufsschulen ein. Generell wünsche sie sich mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen vor Ort und pragmatische Lösungen. So plädiere sie dafür, freiwerdende Erzieher bei sinkenden Kinderzahlen in Grundschulen umzulenken. »Vor allem aber muss jeder die Konsequenzen seines Handelns bedenken, dafür muss man nicht studiert haben.«



Romy Penz auf dem Markt in Flöha

Debatte über Unterrichtsversorgung

Einen Tag später im Landtag: Romy Penz leitet die Sitzung des Bildungsausschusses (siehe S. 12/13 in diesem Heft). Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt eine öffentliche Anhörung. Neun Sachkundige nehmen Stellung zu den jüngsten Vorschlägen der Staatsregierung, wie der Stundenausfall in Sachsen minimiert werden könne. Denn: Es fehlt an Lehrkräften, an Arbeitszeitvolumen und Unterrichtsabdeckung.

Damit die Sitzung reibungslos abläuft, ist eine detaillierte Vor- und Nachbereitung notwendig. Geleistet wird diese von der zuständigen Geschäftsstelle des Ausschusses, die in enger Abstimmung mit den Ausschussvorsitzenden Protokolle fertigt, Sachkundige einlädt und die Tagesordnung vorbereitet. Kurz vor Beginn jeder Sitzung gibt es zudem eine letzte Abstimmung zwischen Ausschussvorsitz und den Obleuten aller Fraktionen.

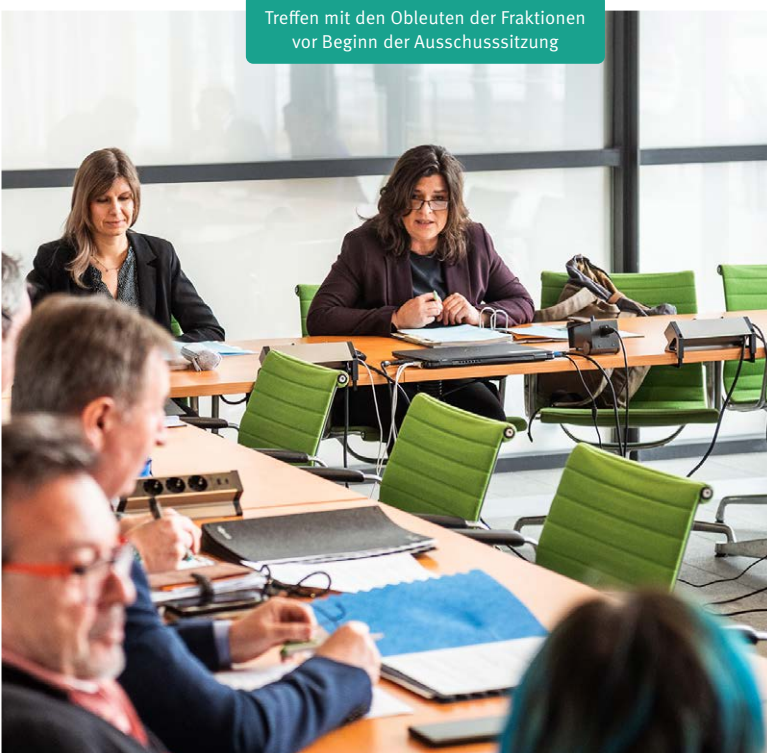
Penz eröffnet die Anhörung mit lauter und schneller Stimme, erläutert die Regularien und achtet darauf, dass die Sachkundigen die üblichen Redezeiten einhalten. In den kommenden Stunden wird eifrig

zugehört, nachgefragt, diskutiert. So einig man sich ist, dass Bildung unser höchstes Gut ist, so kontrovers erfolgt die Debatte über die richtigen Maßnahmen zu ihrer Absicherung. Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben, Entfristung von Schulverwaltungsassistenten, Absenkung der Abmilderungsstunden für ältere Lehrkräfte, mehr multiprofessionelle Teams, Chancen und Grenzen des digitalen Lernens – das Tableau der Vorschläge ist vielfältig und vielschichtig.

In der Sitzung selbst äußert sich die Vorsitzende – gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten – nicht inhaltlich. Priorität hat in diesem Moment die ordnungsgemäße Leitung der Ausschusssitzung. »Es ist vor allem auch ein Problem, dass die Kinder mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in Kitas und Schulen kommen«, hatte Penz am Vortag eine weitere Herausforderung in diesem Zusammenhang formuliert. Die parlamentarische Debatte über die Zukunft der Bildungspolitik in Sachsen wird den Ausschuss auch in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen.

// Katja Ciesluk

Treffen mit den Obleuten der Fraktionen vor Beginn der Ausschusssitzung



Plenarsitzungen

24.06. – 27.06.2025

10.09. – 11.09.2025

29.10. – 30.10.2025

03.12. – 04.12.2025

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5501

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen sowie Planspiele nehmen wir wieder ab 1. Juli 2025 entgegen.

Offene Führungen ohne Anmeldung:

Die Führungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. Der Treffpunkt befindet sich im Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung

und Leserbrief

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_it
auf Instagram: instagram.com/sachsen_landtag
und auf YouTube: [YouTube/SaechsicherLandtag](https://www.youtube.com/SaechsicherLandtag)



Teil 1:

Zusammensetzung des
8. Sächsischen Landtags

Vorstellung der Ausschüsse und Fraktionen

Bilder und biografische Angaben
aller 120 Abgeordneten

Teil 2:

Gesetze und andere Rechtsgrundlagen

VOLKSHANDBUCH erschienen

8. Wahlperiode (2024 – 2029)



Bestellung: www.landtag.sachsen.de/publikationen

